

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9038/39  
Telefax: 866846 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Robert Antretter MdB  
zur Notwendigkeit integrierter Verkehrskonzepte: Den ÖPNV am Menschen ausrichten.  
Seite 1

Gerd Andres MdB zur Bonner Ausländerpolitik und der Ausstattung des Amtes der Ausländerbeauftragten: Verantwortlich handeln statt endlos diskutieren.  
Seite 3

### Dokumentation

Der stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Wolfgang Thierse hielt die Laudatio auf den Deutschlandsender Kultur anlässlich der Verleihung des Kulturpreises der Kulturpolitischen Gesellschaft.  
(Teil I)  
Seite 5

46. Jahrgang / 202

22. Oktober 1991

### Den ÖPNV am Menschen ausrichten Zur Notwendigkeit integrierter Verkehrskonzepte

Von Robert Antretter MdB  
Stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist nicht übertrieben, den Beschluß, den der Verkehrsausschuß des Bundestags in seiner letzten Sitzung zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefaßt hat, als Durchbruch zu bezeichnen. Denn damit haben erstmals die sozialdemokratischen Vorstellungen von einem öffentlichen Personennahverkehr eine Chance auf Verwirklichung, der den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen ebenso gerecht wird, wie er sich als Aufgabe der Sozial-, Gesellschafts- und Umweltpolitik zu verstehen hat.

Sozialdemokraten verstehen Kommunalpolitik als Gesellschaftspolitik. Das bedeutet, daß die Kommunalpolitik eingebunden ist in die verschiedenen politischen Ebenen unseres Staates, also in Bundes- und Landespolitik, und das bedeutet andererseits, daß sich Kommunalpolitik nicht im Bauen von Einrichtungen und im Betrieb von Versorgungsanlagen erschöpft, sondern im ständigen Bemühen um Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ihre Hauptaufgaben findet. Öffentlicher Personennahverkehr wurde - und zugegebenermaßen von allen politischen Parteien - über viele Jahre als eine technische Einrichtung, die man sich betriebswirtschaftlich leisten können müsse, angesehen.

Das Ergebnis war: ständig neue Rationalisierungen, ständig weniger Eisenbahnlinien, ständige Aufgaben von Haltepunkten. Technische Möglichkeiten und betriebswirtschaftliche Zwänge haben damit zusehends diese wichtige Einrichtung der Daseinsvorsorge schrumpfen lassen. In der Zwischenzeit ist die Deutsche Bundesbahn zu einem Ärgernis für viele Kommunen und für viele Betroffene geworden. Was wir in diesen Jahren übersehen haben, ist die Tatsache, daß die Deutsche Bundesbahn ins Getriebe eines politischen Mechanismus gekommen ist, aus dem wir sie wieder herausholen müssen.

Öffentlicher Nahverkehr ist eine Aufgabe der Kommunalpolitik. Zugegeben: Sie kann diesen öffentlichen Personennahverkehr nicht alleine leisten. Die gemeinschaftliche Anstrengung von Bund, Land und Kommunen ist gefragt. Aber sie kann Impulse geben, sie kann Konzepte entwickeln, sie kann - orientiert an den Menschen - das Angebot entwickeln, sie kann - orientiert an den Menschen - das Angebot beeinflussen und für die Finanzierung Verantwortung über

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussaallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kemänflur-Umgebung  
mit warmen Rohstoffen  
Recycling-Papier



nehmen. Beim ÖPNV handelt es sich um die Verbindung zwischen den Wohnplätzen und ihren Hauptorten, zwischen den kleinen Gemeinden und den Mittelzentren und natürlich zwischen den Bewohnern im Umkreis der Landeshauptstadt mit der Landeshauptstadt selbst. Diese Aufgabe geht über technische und betriebswirtschaftliche Überlegungen weit hinaus.

Es geht zunächst um den sozialen und damit um den gesellschaftspolitischen Ansatz. Der ÖPNV muß Mobilitätsbedürfnisse von Menschen gerecht werden, die auf diesen ÖPNV angewiesen sind: das sind alte Menschen, das sind Frauen und Männer mit unteren und mittleren Einkommen, das sind Jugendliche und Kinder; und es sind die ausländischen Mitbürger.

Die Mobilitätsbedürfnissen dieser Menschen bestehen. Sie können auf andere Weise nicht befriedigt werden. Aufgabe der Öffentlichen Hand (Bund, Länder und Kommunen) ist es, diese soziale und damit gesellschaftspolitische Aufgabe ernst zu nehmen und über die Einrichtung des öffentlichen Personennahverkehrs eine Chancengleichheit zu schaffen, so wie dies im Bildungswesen und im Gesundheitswesen heute weithin selbstverständlich ist.

Da ist zum zweiten die Frage der Umwelt. Sie steht in einem engen Zusammenhang mit allem, was wir derzeit in der Kommunalpolitik bei Luftreinhaltung, bei Geschwindigkeitsbegrenzung, bei flächenhafter Verkehrsberuhigung diskutieren.

Gefragt sind integrierte kommunale Verkehrskonzepte, die den Menschen zum Individualverkehr eine Alternative bieten. Das bedeutet dann allerdings: Vorrang des ÖPNV bei gleichzeitiger Verknappung der Parkplätze in den Innenstädten, Auffangparkhäuser und Parkplätze an den Peripherien der Städte, Bevorrechtigung des öffentlichen Personennahverkehrs vor dem Individualverkehr mit der Sicherung der Fußgänger gegenüber den Autos und damit alles in allem bessere Wohn- und Lebensverhältnisse in unseren Städten und Gemeinden.

Der ÖPNV leistet in jedem Fall einen erheblichen Beitrag zum Umweltschutz, weil er die Luft weniger belastet, als der Individualverkehr. Er kann aber auch Umweltbewußtsein schaffen, für die Erfordernisse der Zukunft Verbündete gewinnen und damit die Lebensabläufe bei Arbeit, Schule, Versorgung, Freizeit, Kultur und Sport in einer ganz neuen Weise fördern.

ÖPNV kann darüber hinaus ein wichtiges soziales Instrument sein, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenfinden, miteinander ins Gespräch kommen, aufeinander Rücksicht nehmen und einander helfen. Alte und Junge, Gesunde und Behinderte, Inländer und Ausländer können sich im ÖPNV, in den Bahnen und Bussen, auf den Bahnsteigen, in den Bahnhöfen begegnen, miteinander sprechen. Dies setzt natürlich eine ganz neue Konzeption für unsere Haltestellen und Bahnhöfe voraus, so wie das in unseren Großstädten - in Ansätzen jedenfalls - bereits sichtbar wird. Worin soll eigentlich in einem Flächenstaat ein Unterschied zwischen Stadt und Land im ÖPNV begründet sein? Was wir brauchen, ist Attraktivität im Personennahverkehr durch Schaffung einer Kommunikationsmöglichkeit, die wir alle bitter nötig haben.

Ein öffentlicher Personennahverkehr, der die Orientierung an Technik und Betriebswirtschaft überwindet, kann einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer politischen Kultur darstellen. Wo gibt es eigentlich heute noch im politischen Raum - ausgehend von den Benachteiligten - so vielfältige politische Arbeitsfelder im Sozialen, in der Kultur und in der Kommunikation?

Natürlich muß auch alles bezahlt werden. Und es ist keine Frage, daß ein politisches Konzept zum Schluß hinsichtlich seiner Realisierbarkeit nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Finanzen zu sehen ist. Aber in einem Land, in dem die Wirtschaft Hochkonjunktur hat, in dessen Städten und Gemeinden Stadthallen, Sporthallen und Kongreßzentren gebaut werden, in einem solchen Land ist ÖPNV nicht eine Frage der Finanzierbarkeit, sondern der Priorität. Auch in diesem Fall gilt, daß wir alles dies, was der öffentliche Personennahverkehr uns wirtschaftlich und finanziell abverlangt, leisten können, wenn wir es nur wollen. Es kommt auf den politischen Willen an, auf den Willen, ob wir aus sozialen Gründen, aus Umweltgründen, aus Gründen der Kommunikation dem ÖPNV einen Rang einräumen, wie wir dies in vielen kommunalen Aufgabenfeldern, etwa in der Schulpolitik oder in der Gesundheitspolitik, seit eh und je tun.

Dem ÖPNV ist mit punktuellen Förderprogrammen nicht gedient. Im Gegenteil. Es stellt sich sogar die Frage, ob eine da und dort punktuelle Ergänzung und Erweiterung überhaupt sinnvolles politisches Handeln darstellt. Beim ÖPNV kommt es darauf an, daß wir ihm einen gesellschaftspolitischen Raum in Kommunal-, Landes- und Bundespolitik geben, und dann stellt sich nicht mehr die Frage, wieviel Fahrtenpaare wir montags bis freitags mit welchem Zuschuß zu bezahlen haben, sondern dann stellt sich die Frage, was zur Daseinsvorsorge für die Bevölkerung hier und heute erforderlich ist. Wenn wir ÖPNV als eine wichtige Einrichtung der Gesellschaftspolitik und Umweltpolitik haben sollen, dann können wir ihn auch bezahlen. Vielleicht müssen wir dann da und dort auf etwas anderes einige Jahre länger warten; in der Regel müssen wir ja nicht verzichten.

(-/22. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Verantwortlich handeln statt endlos diskutieren**

**Zur Bonner Ausländerpolitik und der Ausstattung des Amtes der Ausländerbeauftragten**

**Von Gerd Andres MdB**

**Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ausländische Arbeitnehmer der SPD-Bundestagsfraktion**

Ende 1990 lebten in der Bundesrepublik Deutschland rund fünf Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Darunter befanden sich rund zwei Millionen ausländische Arbeitnehmer. Sie sind nicht nur ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft geworden, sondern tragen durch ihre Arbeit wesentlich zum Erfolg unserer Wirtschaft bei. Obwohl viele ausländische Mitbürger bereits als sogenannte 3./4. Generation in der Bundesrepublik wohnen und arbeiten, kann nicht davon ausgegangen werden, daß ihre Integration in unsere Gesellschaft spannungsfrei ist. Parallel zu dem Anstieg der ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Probleme nach der deutschen Einheit hat sich ihre Situation vielmehr offensichtlich negativ zugespitzt. Ausländer werden nicht nur zunehmend als vermeintliche Konkurrenten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt angesehen, emotional geschürte Ressentiments und Abwehrhaltungen nehmen zu und schlagen immer häufiger - besonders bei der jüngeren Generation - in offen bekundete Fremdenfeindlichkeit um.

Vor dem Hintergrund der Öffnung der EG-Grenzen und weiterer Wanderbewegungen werden die Probleme weiter ansteigen.

Im Jahre 1978 schuf die Bundesregierung angesichts der weitverzweigten Aufgabenstellung im Bereich der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen das Amt der/des Ausländerbeauftragten. Zum 1. Juli 1991 legte die bisherige Ausländerbeauftragte, Frau Lieselotte Funke, nach erfolglosem Bemühen demonstrativ ihr Amt nieder, da sie enttäuscht feststellte, daß das Interesse an einer von ihr gewünschten zeitgemäßen Integrations- und Migrationspolitik durch die Koalition über Jahre ignoriert wurde. Das Amt der Ausländerbeauftragten war zu einem Rufer in der Wüste, den die Regierung bewußt nicht wahrnehmen wollte, degradiert worden. Eine Beauftragte der Bundesregierung, ohne ausreichende finanzielle, personelle und sachliche Ausstattung, ohne Anhörungs- und Mitwirkungsrecht, abhängig von dem Wohlwollen eines Kanzlers, für den die Problematik der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen erst dann Relevanz fand, als tätliche Angriffe gegen diesen Personenkreis in den neuen und alten Bundesländern ein weiteres Schweigen nicht mehr zuließ. Lange nach dem Engagement von Einzelpersonen, Verbänden, Kirchen, der SPD und des Bundespräsidenten.

Um diese Ignoranz vor dem wachsenden Problemdruck bei den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit zu begegnen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine wesentliche Neubestimmung des Amtes und der Aufgaben des/der Ausländerbeauftragten. Es muß als aktives Bindeglied zwischen nationaler und europäischer Migrations- und Integrationspolitik angesehen werden, mit der Selbstverständlichkeit, auch die Voraussetzungen für ein spannungsfreies Zusammenleben mit zugewandelter nichteuropäischer Bevölkerung mitzugestalten.

Eine solche Anforderung kann langfristig nur durch die Ausgestaltung des Amtes analog der/des Wehrbeauftragten erfüllt werden. Die dazu notwendige Verfassungsänderung soll zügig in die Beratungen des Verfassungsrates eingebunden werden. Um der derzeitigen akuten Situation zu begegnen, wird in

Anbetracht der dargelegten Problemstellung- und der Versäumnisse der vergangenen Jahre - bis zur Erneuerung des Amtes eine innere und äußere Anhebung der derzeitigen Tätigkeit des/der Ausländerbeauftragten gefordert.

Hierzu gehören:

- eine erhebliche politische und sachliche Aufwertung des Amtes.
- ein Anhörungs-, Berichts- und Initiativrecht gegenüber Regierung und Parlament zu allen Migrations- Integrations- und Minderheitenfragen.
- eine sachgemäße personelle und finanzielle Ausstattung.

Darüber hinaus wird die Einsetzung einer unabhängigen Kommission gefordert, die neben dem Amt der/des Ausländerbeauftragten die Möglichkeit der Erarbeitung grundlegender Konzeptionen erhält, ein konkretes Initiativrecht gegenüber der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag besitzt und somit die Gewähr für eine regierungsunabhängige Ausländerpolitik bietet. Gerade dies aber scheint der Bundesregierung ein Dorn im Auge zu sein.

Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhaß, Radikalismus - Reizworte, die seit Wochen die Spalten der Zeitungen füllen. Beeindruckend dazu die Presseerklärungen der Koalition, in denen Erschrecken und Bedauern über die Vorkommnisse vermittelt wird, wobei allen klar war, daß es sich hierbei nicht nur um Ausschreitungen gegen Asylanten - sondern gegen "Ausländer" schlechthin geht. So meinte dazu Dr. Burkhard Hirsch am 25. September 1991:

"Aber man muß es offen und schonungslos sagen: Ausländerfeindlichkeit gibt es nicht nur in Hoyerswerda, sondern auch in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist nicht nur eine innerdeutsche Angelegenheit. Es gibt zunehmend besorgte und alarmierende Fragen in anderen Ländern, was mit dem Radikalismus und dem Ausländerhaß in der Bundesrepublik sei, in Israel, bei unseren Nachbarn, auch in den Staaten, aus denen Ausländer gekommen waren, gegen die Pogrome gerichtet waren. Und das waren nicht nur 'Asylanten', sondern angeworbene Ausländer." Und weiter heißt es: "Die Politik macht sich nicht nur dann mitschuldig, wenn sie Probleme liegen läßt, sondern auch dann, ... wenn sie den Menschen einfache Lösungen vorgaukelt, die es nicht geben kann, ... wenn sie den Glauben bestärkt, unsere ausländischen Mitbürger wären eine Belastung, während sie uns in Wirklichkeit eine Hilfe sind...".

**Von welcher Wirklichkeit wird hier gesprochen?**

"Die kommende Ausländerbeauftragte Cornelia Schmalz-Jacobsen, wird ihr Amt antreten, sobald mit dem FDP-Bundesparteitag ihr Amt als Generalsekretärin der FDP endet", da die FDP die Auffassung vertritt, "daß beide Funktionen nicht gleichzeitig ausgeübt werden sollten." Welche Ignoranz und Kälte bei der Abwägung der Frage, wo Handeln am notwendigsten ist: in der Besetzung eines seit Juli verwaisten Amtes für Menschen, deren Leben und Arbeiten täglich durch radikale Gruppen bedroht wird oder in der Vollendung eines Parteiamentes?

Der Ausschuß Arbeit und Sozialordnung des Bundestages hat in der vergangenen Woche - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion eine weitere Kürzung des Etats für Betreuungsmaßnahmen für ausländische Arbeitnehmer beschlossen. Schon ein Einfrieren auf den alten Haushaltstitel in Höhe von 38 Millionen DM hätte - auf Grund der allgemeinen Kosten- und Personalkostenenerhöhungen - automatisch eine weitere Reduzierung der Beratungs- und Betreuungstätigkeit in den alten Bundesländern nach sich gezogen. Ein Beratungs- und Betreuungsangebot, für die neuen Bundesländer wäre auch dann weiterhin nicht finanzierbar gewesen.

**Wie heißt es als Antwort auf eine schriftliche Frage an die Bundesregierung vom 26. September 1991:**

"Die Bundesregierung beabsichtigt, auch weiterhin die Betreuungs- und Integrationsmaßnahmen für ausländische Arbeitnehmer und deren Familien finanziell zu fördern. Zu den Aufgabenschwerpunkten zählt sie einen intensiven Einsatz der Sozialberatung zur Hilfe für ältere Ausländer, zur Überwindung von Generationenkonflikten und zur Flankierung neuer Wanderbewegungen im Rahmen der europäischen Freizügigkeit. ... Die Maßnahmen werden auch den ausländischen Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern zugute kommen."

Es geht hier nicht darum, 'eine neue Auseinandersetzung auf dem Rücken der Ausländer anzuzetteln' (Hirsch), es geht vielmehr darum, 'seinen Mitbürgern diese schlichte Wahrheit so lange zu erklären, bis sie verstanden haben.' (Hirsch) Vielleicht bequemt sich dann auch die Regierungskoalition zu verantwortungsvollem Handeln statt zu endlosen Diskussionen.

(-/22. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Wolfgang Thierse: Deutschland ist noch immer tief gespalten (Teil I)**

Der stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Wolfgang Thierse hielt die Laudatio auf den Deutschlandsender Kultur anlässlich der Verleihung des Kulturpreises der Kulturpolitischen Gesellschaft. Wir dokumentieren sie in zwei Teilen.

Gestern war der erste Staatsfeiertag des vereinigten Deutschland, nur vier Tage entfernt von dem Staatsfeiertag, der hierzulande begangen wurde bis zu jenem 7. Oktober 1989, der uns in bitterer Erinnerung bleiben wird in seiner Mischung von Irrealität und Brutalität, von Byzantinismus und Banalität.

Der Unterschied zum gestrigen Tag ist deutlich und soll deutlich bleiben. Gab es etwas zu feiern? Ist der 3. Oktober ein Anlaß zur Freude? Ich denke - ja; trotz allem. Gewiß, die Zeiten der Euphorie, des Aufbruchs sind vorbei. Enttäuschungen, Irritationen, Verletzungen, Lähmungen haben sich breitgemacht. Aber da ist viel - denke ich - notwendige Ernüchterung dabei angesichts der allzu großen, allzu naiven Erwartungen, die die Ex-DDR-Bürger mit der deutschen Einigung verbunden haben, die ihnen eingeredet wurden - auch dies -, aber auch angesichts vieler, mir sehr sympathischer Träume. In dem Konflikt zwischen der Poesie des Herzens und der entgegenstehenden Prosa der Verhältnisse, um mit Hegel zu reden, geht es immer auch um das Erwachsenwerden. Es hilft nichts, die Ex-DDR-Bürger müssen endlich erwachsen werden. Zwingen wir uns also zur Nüchternheit, zum Realismus.

Deutschland ist noch immer ein tief gespaltenes Land. Das gilt für die ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Hier hat ein durchgreifender Umverteilungsprozeß von Ost nach West stattgefunden. Arbeitskräfte: 500.000 sind von Ost nach West gewandert, ein unsichtbarer Flüchtlingsstrom; zum Glück keine Flüchtlinge mehr, aber Leute, die weggehen. Arbeitsplätze: im Westen eine Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent, hier im Osten eine Arbeitslosigkeit von 12 Prozent und nimmt man Kurzarbeit Null, Vorruhestand und Warteschleife hinzu, eine faktische Arbeitslosigkeit von 30 Prozent. Die westdeutsche Wirtschaft boomt. Die industrielle Basis bei uns bricht nach wie vor zusammen, auch wenn im Bereich von Bauwesen und Dienstleistungen positive Entwicklungen deutlich sichtbar sind.

Die Spaltung betrifft aber auch und bestürzenderweise die menschlichen Beziehungen. Die Fremdheit zwischen uns, zwischen den Deutschen Ost und zwischen Deutschen West ist größer, als wir vorher haben annehmen können. Die Mauer war eben nicht nur das Bauwerk der Teilung, sondern es hat offensichtlich auch die Tiefe der Teilung verborgen, und jetzt entdecken wir sie. Und diese Fremdheit wird verschärft durch etwas, das ich beiderseits beobachte und was ich mit dem Terminus Überforderungsängste bezeichnen will.

**Überforderungsängste West:** Angst davor, finanziell überfordert zu werden durch die Einheit, durch den Einigungsprozeß und seine Unkosten, in seinem materiellen, in seinem zivilisatorischen, in seinem politischen Standard gefährdet zu werden. Eine spezifische Angst vor dem Osten beobachte ich da, nicht zuletzt unter Intellektuellen. Ein bißchen bestürzend. Und ich beobachte eine ganz undeutliche Angst davor, daß etwas Wirkliches passiert ist, nämlich das Ende der Gemütlichkeit hinter der Mauer ist gekommen. Wir hatten uns ja beide eingerichtet in dieser bipolaren Welt. Im Westen war es sicher etwas gemütlicher als hier, wo wir gelebt haben.

**Überforderungsängste Ost:** Das sind die Ängste vor den Überforderungen, die die radikale Änderung unseres Lebens mit sich bringen, die Änderung unseres Alltags, die Änderung des Berufs, des politischen Systems und auch die auch von uns abverlangte Änderung unserer Identität, dessen, was uns bisher ausgemacht hat. Und wenn das verbunden ist mit einer für den Einzelnen, nein, für die vielen Einzelnen unsicheren, risikobesetzten Zukunft, dann sind die Ängste wirklich sehr stark. Und diese beiderseitigen Ängste, die Ängste Ost, die Ängste West, treiben jene Vorurteile hervor, mit denen wir es ge-

genwärtig zu tun haben. Da werden wirklich vorhandene Unterschiede zwischen den Deutschen Ost und West zu Karikaturen. Und diese Karikaturen, das müssen wir erkennen, so sehr wir uns gegen die verwehren müssen (ich brauche sie nicht zu zitieren: "der faule Ossi", "der Kolonialherr aus dem Westen" etc. etc.), diese Karikaturen spiegeln ja in einem Kern die wirklichen Ungleichgewichte zwischen den Deutschen West und den Deutschen Ost wieder. Machen wir uns nichts vor. Es gibt solche Ungleichgewichte. Wir sind halt - wir Ossis - weniger selbstbewußt, weniger clever, weniger selbstbestimmt - bisher - wie sollte es sein, wie sollte es anders sein. Nach 40 Jahren in dem einen autoritären Regime, und wenn man noch die zwölf Jahre Nazi-Diktatur hinzunimmt, dann weiß man, daß diese 60 Jahre uns, um einen Terminus eines berühmten Buches aufzunehmen, uns innerlich vormundschaftlich gemacht haben. Und dies loszuwerden, wird Jahre dauern und ist eines der wichtigen Themen unseres deutschen Prozesses. Und gerade deshalb sehe ich ja, wie wichtig es ist, daß eine Institution, die den Aufbruch begonnen hat aus der Inneren Vormundschaftlichkeit, wie der DS-Kultur, erhalten bleibt. Da wird ja etwas vorgeführt, was unersetzlich ist, was die DDR-Bürger insgesamt zu erringen haben.

Es gibt gegenwärtig eine widersprüchliche Stimmungslage in der ehemaligen DDR. Meinungsumfragen weisen das aus. Befragt nach der Einschätzung der gegenwärtigen Situation, sagt eine Mehrheit der Ostdeutschen, es gehe ihnen politisch besser. Eine ebenso große Mehrheit sagt, es gehe ihnen finanziell besser. Aber ein gleich große Mehrheit sagt, es gehe ihnen sozial schlechter. Das Gefühl der sozialen Unsicherheit sei das Beherrschende. Um diese widersprüchliche Stimmungslage zu erklären, muß man die DDR kennen. Und man muß die Kenntnis über diese ehemalige DDR in aller Differenziertheit verbreiten. Ich halte das gerade angesichts der um sich greifenden Mystifizierungen, Dämonisierungen, Mythologisierungen dessen, was die DDR war, für unerhört wichtig.

Denn was war die DDR? Sie war erstens als Produkt des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit nicht nur ein sowjetisches Erzeugnis, sondern zugleich auch der aus der marxistisch-sozialistischen Tradition gespeiste Versuch eines sozialistischen deutschen Staates. Das Scheitern dieser Form der Realisierung einer Utopie ist erst noch wirklich aufzuarbeiten, und das ist Sache vor allem derer, die in diesem Staat gelebt haben.

Zweitens: die DDR war eben nicht nur ein Partei- und Stasi-Staat, ein Staat des leisen, des unauffälligen Terrors, sondern sie war zugleich auch eine Erziehungsdiktatur, ein vormundschaftlicher Staat eben. Nach insgesamt 60 Jahren zweier unterschiedlicher autoritärer Regime sind viele Menschen auch innerlich autoritär geworden. Und der Prozeß der wirklichen Befreiung wird deshalb sehr viel länger dauern als wir uns das jetzt schon vorstellen können.

Drittens: die DDR war nicht nur ein zentralistisches, ineffektives Wirtschaftssystem, das seine Wettbewerbsunfähigkeit bis zum Bruch der Schutzmauer kaschieren konnte, sondern sie war zugleich auch ein sozialer Fürsorgestaat, der in gewisser Weise seinen Bürgern das Gefühl soziale Sicherheit, ja einer gewissen Bequemlichkeit auf niedrigerem materiellem Niveau vermitteln konnte. Genau dieses Gefühl ist es, an das sich viele jetzt angesichts einer unsicheren und risikobesetzten Zukunft erinnern und was zu Anfällen einer gewissen DDR-Nostalgie führt.

Die DDR war schließlich, und das möchte ich am allerwenigsten vergessen, eine Notgemeinschaft ihrer Bürger gegen den Staat, eine Nischengesellschaft, wie die berühmte Beobachtung von Günter Gaus heißt, eine Nischengesellschaft, in der sich entpolitisiertes, alltäglich-menschliches Leben abspielte und zugleich auch eine, wie man verkürzt sagt, Oppositionskultur entfalten konnte. Sie war eine Notgemeinschaft, in der Werte wie alltägliche Solidarität, Verlässlichkeit, ein anderes Verhältnis zur Sprache, ein intensiveres Verhältnis zur Gesichte, übrigens auch zur Nation und zur nationalen Frage, eine größere Aufmerksamkeit für Kultur als Kommunikationsform wesentlich waren. Was bleibt von diesen Werten, nachdem ihre Bedingung, das System des Mangels und der alltäglichen Unterdrückung, glücklicherweise vergangen ist? Von alleine wird da nicht sehr viel bleiben. Auch deshalb brauchen wir ein solches Medium, wie DS-Kultur.

(-/22. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)